

N.R. 30.12.77

Har

Landes-SPD erhebt schwere Vorwürfe gegen Dr. Stoltenberg

Kiel (Ino) „Die Regierung Dr. Gerhard Stoltenberg hat in Brokdorf nicht nur politisch unklug, sondern auch rechtlich fehlerhaft gehandelt.“ Diese von der SPD immer wieder im Schleswig-Holsteinischen Landtag vorgebrachte Auffassung werde durch die jetzt vorgelegte schriftliche Entscheidung (wir berichteten darüber) des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg eindrucksvoll unterstrichen, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dr. Klaus Klingner, gestern gegenüber der Deutschen Presse-Agentur.

Die Begründung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg wie zuvor des Verwaltungsgerichts Schleswig gelte nur für Brokdorf und für kein anderes Kernkraftwerk. Die Landesregierung habe die Änderung des Atomgesetzes von 1976 nicht beachtet. Im Bestreben, bis zur Bundestagswahl Ruhe in der Wilstermarsch zu halten, habe sie sich selbst das Bein gestellt, über das sie dann gestolpert sei.

Auch Dänemark wird jetzt Fischereigrund »weggenommen«

Kopenhagen (Ino) Zwei Drittel der bisherigen Fänge der Fischerei auf der dänischen Ostseeinsel Bornholm erfolgten innerhalb der Seegebiete, die von Schweden, Polen und vom 1. Januar 1978 auch von der DDR zu nationalen Fischereizonen erklärt worden sind. „Die drei Länder können nach dem 1. Januar souverän bestimmen, wieviel in ihren Fischereizonen gefangen werden darf und von wem“, erklärte der Sprecher der Bornholmsfischer, Gunnar Rasmussen.

In Rönne auf Bornholm sagte Rasmussen weiter, praktisch entfalle damit der Verteilungsschlüssel für die Ostseefischerei, der für 1978 von der baltischen Fischereikommission empfohlen worden sei.

Nach Auffassung der dänischen Fischereijorganisation verfolgen Polen und die DDR mit der Erweiterung ihrer Wirtschaftszonen in der Ostsee den gleichen Zweck wie Schweden: sich Fischereirechte in der Nordsee – dem „EG-Meer“ – gegen Zugeständnisse einzuhandeln.

nia und Nordelbien auch ermöglichen. „Diese Aktion fördert das Verständnis füreinander und

die Rückreise in ihre ostdeutsche Heimat an.

für den Autiosungsbeschluss.

W. 7. 2. 1. 78

Landesregierung wirft Klingner Verzerrung vor

Streit um Bedeutung des Lüneburger Urteils zum Brokdorfer Baustopp geht weiter

Kiel (HJM) Der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Klaus Klingner habe den Sachverhalt „grob verzerrt“. Das stellte ein Sprecher der Landesregierung zu Äußerungen des Politikers zur Begründung des Beschlusses des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg im Verfahren um das geplante Kernkraftwerk Brokdorf fest. Klingner hatte, wie berichtet, aus der Begründung harte Kritik an Ministerpräsident Dr. Stoltenberg abgeleitet.

Der SPD-Abgeordnete habe die entscheidenden Punkte außer acht gelassen.

Der Regierungssprecher nannte aus seiner Sicht diese Tatsachen:

● Die Landesregierung hat bei der Erteilung der 1. Teilerrichtungsgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf am 25. Oktober 1976 in vol-

lem Einvernehmen mit der Bundesregierung gehandelt.

● Sie hat insbesondere die vom Bundesinnenminister zur Entsorgungsvorsorge erteilte Weisung uneingeschränkt berücksichtigt.

● Entgegen der Behauptung von Dr. Klingner wurde die Neufassung des Atomgesetzes vom August 1976 zugrunde gelegt.

Dies habe, so der Sprecher, auch das OVG Lüneburg bestätigt, das in diesem Punkt die Auffassung des Verwaltungsgerichts Schleswig und damit dessen Begründung für den Baustopp eindeutig zurückweise.

Das Oberverwaltungsgericht halte die 1. Teilerrichtungsgenehmigung in allen angegriffenen Punkten auch in der Verfahrensfrage für rechtmäßig, wird weiter betont. Lediglich im Hinblick auf die Entsorgung habe

das Gericht abweichend von der bisherigen Praxis einen Weiterbau des Kernkraftwerks erst für zulässig erachtet, „sobald ein prüffähiger Antrag für ein Zwischenlager gestellt und geologische Untersuchungen in Gorleben (Aufbereitung und Endlagerung) eingeleitet sind.“

Das OVG rüge in diesem Zusammenhang, daß lediglich die Energieversorgungsunternehmen und die Kraftwerksindustrie ihren neuen gesetzlichen Verpflichtungen nachgekommen seien, jedoch vor allem die „vorleistungspflichtige“ Bundesregierung gezögert habe, ihren Beitrag zu leisten. Fortschritte bei den geologischen Untersuchungen in Gorleben sehe das Gericht als Hauptproblem für die weitere Nutzung der Kernenergie an. Zuständig sei hier aber in erster Linie die Physikalisch-Technische Bundesanstalt.

N.R. 29.12.77

Den Brokdorf-Stopp begründet

Richter verlangen Probebohrungen als konkreten Schritt

Lüneburg/Brokdorf (Ino) Probebohrungen zur Auffindung eines als Endlagerstätte für radioaktive Abfälle geeigneten Salzstockes sollten nach Auffassung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg (OVG) der erste konkrete Schritt zur Lösung des Atommüll-Problems sein.

In der gestern veröffentlichten schriftlichen Begründung der Entscheidung des Gerichts zum Weiterbestehen des Baustopps für das Kernkraftwerk Brokdorf meinte der Siebente Senat, das gesamte Konzept zur Verwertung und Lagerung radioaktiver Reststoffe hänge in der Luft, solange nicht feststehe, ob und wo eine Endlagerstätte eingerichtet werden könne. Es erscheine nicht sachgerecht, vor der Suche nach einem geeigneten Standort den theoretischen Nachweis der Realisierbarkeit des Projekts zu erbringen, denn wesentlich hänge diese Realisierbarkeit vom Ergebnis der Standortsuche ab. Der von den Projektbetreibern vorgelegte Sicherheitsbericht habe daher auch bisher „bloß theoretischen Charakter“, erklärt der Senat.

Das Gericht stellt in seinem Beschluß vom 17. Oktober fest, daß bis dahin weder Bund noch Länder irgendwelche konkreten praktischen Maßnahmen getroffen hätten, um die ihnen durch das Atomgesetz übertragenen Aufgaben – Vorkehrungen für die Wiederaufbereitung und Endlagerung – zu erfüllen. Unter anderem machte das Gericht die Dauer des Baustopps für das Kernkraftwerk Brokdorf deshalb von dem Zeitpunkt abhängig, zu dem der Bund einem Unternehmen den Auftrag gibt, „an einem bestimmten Ort und zu einem bestimmten nahen Zeitpunkt“ Probebohrungen vorzunehmen.

Das Vorhaben, abgebrannte Brennelemente aufzubereiten und die radioaktiven Reststoffe im Salzstock unterzubringen, erscheint dem Senat grundsätzlich realisierbar (Aktenzeichen VII OVG B 22 aus 77). Sachverständigen zufolge bestehe „immerhin die Aussicht, daß die Sicherheitsprobleme der Wiederaufbereitungsanlage bis zu dem Zeitpunkt, in dem eine weitere Zwischenlagerung aus Platz- oder Zeitgründen nicht mehr möglich ist, gelöst sein werden“, heißt es in

dem Beschluß. Dieses könne auch nicht für Rückhaltung des Krypton ausgeschlossen werden, obwohl die Entwicklungs- und Forschungsarbeiten erst am Anfang stünden.

Ebenfalls lösbar, wenn auch unter hohem Kostenaufwand, erscheinen dem Senat die technischen Probleme der Abfilterung des „Jod 129“. Für die technische Realisierbarkeit spreche zudem der Betrieb der, wenn auch erheblich kleineren, Pilotanlage in Karlsruhe, führten die Richter aus. Erfolgversprechend ist es nach Auffassung des Gerichts ebenso, die Reststoffe in Salz zu lagern und flüssige Abfälle in Glas einzuschmelzen. Das Hauptproblem sieht das OVG darin, ein ausreichend großes und in seiner geologischen Beschaffenheit geeignetes Salzlager ausfindig zu machen.

Zweite Bedingung für die Aufhebung des von zehn Bürgern aus der Umgebung von Brokdorf erwirkten Baustopps ist die Stellung eines prüf-fähigen Antrags für ein Zwischenlager zur Lagerung abgebrannter Brennelemente. Die „Kompaktlagerung“ der abgebrannten Brennstäbe im Kernkraftwerk berge größere Gefahren als die Lagerung in einem Zwischenlager, erklärte der Senat.

Inzwischen hat Ende November die von der Regierung mit dem Planfeststellungsverfahren für Gorleben beauftragte Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig beim Bergamt Celle die Genehmigung für Probebohrungen beantragt.

„Die Landesregierung bleibt bei ihrem klaren Kurs in der Entsorgungsfrage und wird Probebohrungen in Gorleben zustimmen, wenn Klarheit über das Gesamtkonzept des Entsorgungszentrums besteht.“ Das erklärte der Sprecher der Landesregierung, Dr. von Poser, am Mittwoch in Hannover zu der in Lüneburg veröffentlichten schriftlichen Begründung der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg zum Weiterbestehen des Baustopps des Kernkraftwerkes Brokdorf. Die Landesregierung werde zu Beginn des Jahres 1978 mit den beteiligten Ressorts der Bundesregierung in Gespräche eintreten, um Einzelheiten des Prüfungsverfahrens für das Projekt zu erörtern. Dazu gehöre selbstverständlich auch der Zeitpunkt für die Probebohrungen. Im übrigen liefen die theoretischen Prüfungen bereits auf Hochtouren.

Bei Raubüberfall in Rendsburg etwa 11000 Mark erbeutet

Rendsburg (pr) Zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit kam es in Rendsburg zu einem Kapitalverbrechen. Nachdem vor wenigen Tagen bei einem Bankeinbruch

Demonstration am Bauplatz: Treckerkorso gegen KKW



Die Traktoren formieren sich auf der Bundesstraße 431.

Brokdorf (joko). Landwirte und KKW-Gegner demonstrierten gestern, einen Tag vor Beginn der Gerichtsentscheidung über einen weiteren Baustopp für das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf, mit einem Treckerkorso gegen den Bau des Kraftwerkes.

Die Polizei zählte 49 Traktoren, 40 Personenwagen und zwei Krafträder. Die Demonstration dauerte rund zwei Stunden und führte rund um den Bauplatz. Wegen des Fahrzeugkorsos mußte die Bundesstraße 431 teilweise

gesperrt werden.

Zu Zwischenfällen kam es nicht, die Polizei, die nur mit wenigen Kräften vertreten war, beschränkte sich auf die Lenkung des Fahrzeug-Korsos. Die Demonstration war genehmigt worden.

Am Nachmittag fand am Haupteingang des NWK-Baugeländes eine kurze abschließende Kundgebung statt, zu der auch Rundfunk und Fernsehen erschienen waren (siehe auch „Landesseite“).



Kinder „demonstrierten“ mit einem Eselwagen ...



Die einzige „Schlacht“ wurde mit der Kamera ausgetragen: Polizei (Bild) und Demonstrationsteilnehmer filmten sich gegenseitig.

Rest vom Rest vom Rest

Im Streit um das Kernkraftwerk Brokdorf wurde zum erstenmal ein Baustopp auch in letzter Instanz bestätigt. Die Richter verlangen Vorleistungen: Fortschritte in der Entsorgungsfrage.

Der Richter wurde deutlich. Ein Anwalt der Gegner des umstrittenen Kernkraftwerks Brokdorf hatte gerade bemängelt, ihm sei ein amtlicher Bericht über die Sicherheitsproblematik des geplanten Entsorgungszentrums Gorleben („ein 70 Zentimeter hoher Papierstapel“) nicht zugänglich gemacht worden.

„Diesen Unmut teilen Sie mit dem Senat“, assistierte ihm Dr. Dieter Czajka, Berichterstatter des VII. Senats am Lüneburger Obergerverwaltungsgericht (OVG), das vergangene Woche in Schleswig tagte. Das brisante Papier hatte nur zeitweilig in Hannover zur Einsicht ausgelegt, wurde bewacht und durfte nicht kopiert werden.

Richter Czajka: „Dieser Bericht interessiert auch uns brennend. Der Senat wollte ihn beschaffen... Dem stand ein Diktum der niedersächsischen Landesregierung entgegen. Das hat nun wohl gewisse verfahrensrechtliche Folgen.“ Die Folgen: Am Montag vergangener Woche entschied das OVG als zweite Instanz, daß es beim vorläufigen Baustopp für Brokdorf bleibt.

Es ist die erste Entscheidung eines Obergerverwaltungsgerichts, mit der der Baustopp für ein Kernkraftwerk bestätigt wurde. Gegen diesen Spruch des Obergerichts gibt es keinerlei Rechtsmittel mehr. Er hat Bedeutung auch für die anderen Kernkraftprozesse und markiert die Tendenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit, den weiteren Ausbau von Atomkraftwerken so lange abzu-bremsen oder gar anzuhalten, bis die Probleme der Entsorgung, der Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente und der Endlagerung radioaktiven Mülls eindeutig überschaubar und vor allem beherrschbar sind.

Offenkundig wollen die Gerichte nicht länger hinnehmen, daß mit Milliardenaufwand vollendete Tatsachen geschaffen werden, deren Rücknahme sich später politisch und juristisch um so schwieriger gestalten könnte, je weiter sie schon gediehen sind.

Der Gerichtsbeschuß aus Lüneburg ist formal nur eine Zwischenentscheidung. Denn auch in zweiter Instanz ging es dabei nur um den vorläufigen Rechtsschutz, mit dem die aufschiebende Wirkung der Klage wiederhergestellt und dafür gesorgt wird, daß bis zur Entscheidung in der Hauptsache die Bauarbeiten am Brokdorfer Atommeiler nicht fortgesetzt werden.

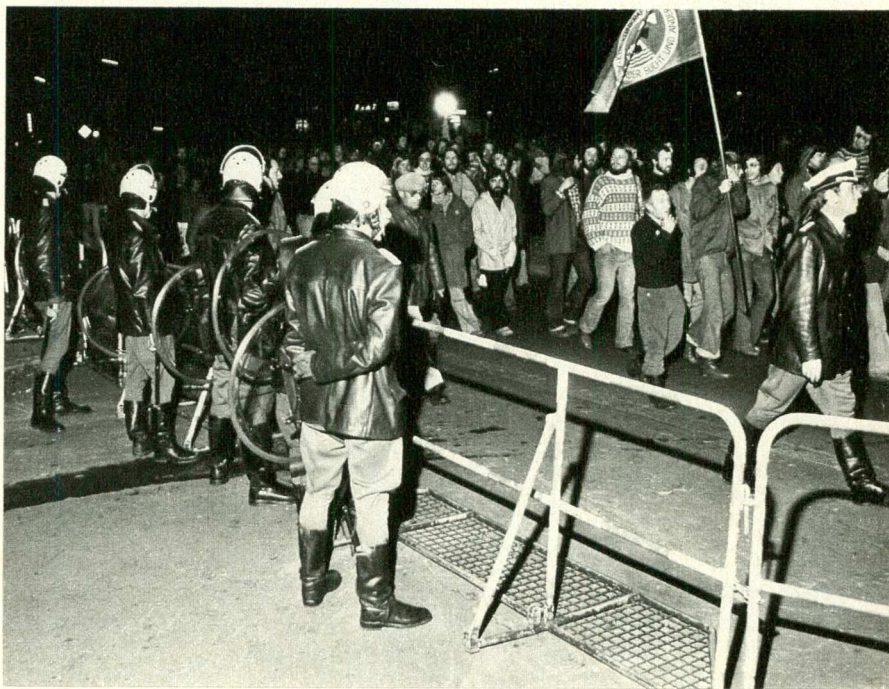
Voraussichtlich im März kommenden Jahres wird über diese Hauptsache — nämlich die Rechtmäßigkeit der ersten Teilgenehmigung — dann wieder in erster Instanz vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig verhandelt.

Gleichwohl hat die Entscheidung der letzten Woche de facto präjudizierende Wirkung auch schon für die nächste Runde. Denn mit ihr haben die OVG-Richter ihren Kollegen von der unteren Instanz bestätigt, daß deren anfängliche Bedenken zu Recht bestehen und auch vom Obergericht geteilt werden. Kaum denkbar deshalb, daß jene Richter der ersten Instanz im nächsten Frühjahr ihre eigenen Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Brokdorf-Projekts nun gerade nach dem Lüneburger Flankenschutz verwerfen werden.

allen seinen Risiken von Unfällen, Anschlägen und Erpressungen schafft Gefahrenlagen von bislang ungekanntem Ausmaß. Das bewog im August das Münsteraner Obergerverwaltungsgericht, einen Rechtsstreit um den „Schnellen Brüter“ von Kalkar, der — anders als die konventionellen Reaktoren — mehr Plutonium erzeugt als verbraucht, fürs erste anzuhalten und vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen.

Die Plutonium-Problematik verzahnt die Prozesse um Brokdorf und Kalkar. Richter Czajka warf die Frage auf, was „mit dem Plutonium werden soll, wenn das Bundesverfassungsgericht den Schnellen Brüter als mit dem Grundgesetz unvereinbar verbietet“.

Ob ein Berstschutz, wie ihn das Freiburger Verwaltungsgericht für das



Anti-Atom-Demonstration in Schleswig*: Geteilter Unmut

Die Fortdauer des Baustopps begründete das OVG mit den ungelösten Problemen einer sicheren Zwischen- und Endlagerung des anfallenden Atom Mülls. Abgebrannte Brennelemente lassen sich nur zeitweilig und in begrenzter Menge in den Kernkraftwerken selbst lagern. Werden sie zu neuer Verwendung wiederaufgearbeitet, so trennen sich dabei zwangsläufig große Mengen des extrem gefährlichen Gift- und Sprengstoffs Plutonium ab, die nur teilweise in die neuen Brennelemente eingebracht werden. „Man kommt niemals davon los“, gab der Sachverständige Wolfgang Braun von der Kraftwerk Union zu Protokoll, „es bleibt der Rest vom Rest vom Rest.“

Allein schon jeder Hin- und Rücktransport dieses Materials zwischen Reaktor und Aufarbeitungsanlage mit

Kernkraftwerk Wyhl verlangt, nun auch in Brokdorf nötig sei, war in Schleswig besonders umstritten. Zwar sah das Gericht „im Fehlen eines Berstschutzes... im gegenwärtigen Stadium keine unüberwindlichen Hindernisse“. Doch diese Entscheidung ohne eigentliche Beweisaufnahme bindet die Richter der unteren Instanz keineswegs. Geht es im Frühjahr erst um die Hauptsache, so können sich die Schleswiger Verwaltungsrichter nach gründlichem Expertenhearing durchaus dem wohlbegründeten Spruch ihrer Freiburger Kollegen anschließen.

Dann freilich dürften auch im nächsten Jahr nicht einmal die geplanten Fundamente eingezogen werden, denn sie wären für einen Reaktor mit Berstschutz — der 40 Prozent mehr wöge als ohne — zu schwach. Diplomingenieur Propst von der KWU: „Dann müßten wir alles völlig neu planen.“

* Während der OVG-Verhandlung.

„Wann gehen denn nun die Lichter aus?“

SPIEGEL-Interview mit CDU-Ministerpräsident Stoltenberg über den Baustopp in Brokdorf

SPIEGEL: Die Richter vom Lüneburger Oberverwaltungsgericht haben Ihrer Regierung untersagt, mit den eigentlichen Bauarbeiten am Kernkraftwerk Brokdorf zu beginnen. Derzeit dürfen Sie nicht einmal ein Loch in den Sand der Wilster-Marsch graben. Wozu dann eigentlich noch der teure und bewachte Festungswall rings um eine nackte Wiese?

STOLTENBERG: Hier geht es nicht um ein Verbot an die Adresse der Landesregierung, sondern der Energieversorgungs-Unternehmen. Nicht die Regierung baut, sondern diese Unternehmen. Aber als Genehmigungsbehörde sind wir natürlich politisch betroffen.

SPIEGEL: Nicht nur politisch, auch juristisch. Schließlich steht Ihre Landesregierung als Antragsgegner und Beklagter vor Gericht.

STOLTENBERG: Schon richtig. Aber die Entscheidung über die Aufrechterhaltung der Baustelle liegt nicht bei uns, sondern bei den Energieunternehmen. Die Begründung von Lüneburg bietet Argumente dafür, diesen Bauplatz nicht aufzugeben. Die Auflagen für ein Wirksamwerden des Sofortvollzuges der ersten Teilgenehmigung lassen sich möglicherweise in absehbarer Zeit erfüllen. Wir kennen zwar erst die Leitsätze und noch nicht den genauen Urteilstext. Aber die Auflagen berühren die Bundesregierung und jene Länder, die wegen des Baus einer Entsorgungsanlage und von Zwischenlagern jetzt in Verhandlungen mit Bonn stehen.

SPIEGEL: Wann gehen denn nun Ihre Lichter aus — oder soll dieses Argument, wenn es denn je eines war, jetzt nicht mehr hervorgeholt werden?

STOLTENBERG: Ich verweise auf Stellungnahmen des Bundeswirtschaftsministers und der energiewirtschaftlichen Institute. Sie besagen, daß bei einem länger anhaltenden Baustopp in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die Elektrizitätsversorgung nicht mehr sichergestellt werden kann — ernste Argumente.

SPIEGEL: Wie hoch ist derzeit die Überkapazität an Strom in Schleswig-Holstein?

STOLTENBERG: Wir haben eine Reserveleistung von etwa 1100 Megawatt. Aber das ist eine Folge der Rezession und wird so nicht bleiben.



CDU-Regierungschef Stoltenberg*
Nicht so flott wie gewollt

SPIEGEL: Halten Sie Ihre damalige Anordnung des sofortigen Vollzuges für den Baubeginn rückwirkend betrachtet noch immer für einen Akt politischer Weisheit? Daß dieser Schritt jedenfalls rechtswidrig war, haben Ihnen die Gerichte nun abschließend bescheinigt.

STOLTENBERG: Die damalige Entscheidung für den Sofortvollzug entsprach exakt dem Verfahren, das wir auch bei den Kernkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel angewandt haben. Geändert hat sich die Auslegung der Gesetze. Dazu haben nach meiner Einschätzung auch die teilweise widersprüchlichen Interpretationen von Gesetzen und Verordnungen durch beteiligte Stellen des Bundes geführt. Im Juli hat der

* In Brokdorf.

Bundesinnenminister neue Richtlinien für die laufenden Genehmigungsverfahren erlassen, die — abweichend von seinen Äußerungen im Vorjahr — die Standards auf dem Gebiet der Entsorgung für die erste Teilgenehmigung und den Sofortvollzug festlegen. Das OVG Lüneburg ist darüber jetzt noch hinausgegangen ...

SPIEGEL: ... was sein gutes Recht ist.

STOLTENBERG: Das will ich ihm auch nicht bestreiten. Aber ich lege Wert darauf, daß wir uns in den Genehmigungsbescheiden auf der Basis der Rechtsauffassung der Bundesregierung gehalten haben.

SPIEGEL: Was nicht heißt, daß diese Auffassung richtig war.

STOLTENBERG: Nein, aber wir haben nicht etwa leichtfertig oder unüberlegt gehandelt.

SPIEGEL: Werden Sie jetzt mit der Erteilung weiterer Teilgenehmigungen für Brokdorf warten, bis die Gorlebener Entsorgungsanlage genehmigt ist, oder soll es im Hauruckverfahren weitergehen, bis die Gerichte Sie notfalls noch einmal stoppen?

STOLTENBERG: Wir haben jetzt vom OVG genaue Voraussetzungen für den Sofortvollzug der ersten Teilgenehmigung. Die müssen selbstverständlich erfüllt werden. Keine besonderen Probleme sehe ich in der Forderung, daß ein genehmigungsfähiger Antrag für ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente vorliegen muß. Ich gehe davon aus, daß in spätestens sechs bis neun Monaten ein solcher Antrag für einen Standort in Nordrhein-Westfalen oder in Süddeutschland vorliegt.

SPIEGEL: Jedenfalls können Sie Ihr Brokdorf-Projekt noch nicht so flott wie gewollt vorantreiben. Vor Optimismus haben die Richter ausdrücklich gewarnt. Es seien, so heißt es wörtlich, „mit dem Fortschreiten des Genehmigungsverfahrens zunehmend strengere Auflagen zu stellen“.

STOLTENBERG: Das hebt oder mindert meinen Optimismus auch gar nicht. Es ist einfach ein Tatbestand, der für das Genehmigungsverfahren gilt. Bis zu weiteren Teilgenehmigungen für Brokdorf — wann immer sie in einigen Jahren erfolgen können — müssen parallel die Entsorgungsprobleme schrittweise geklärt und gelöst werden.

Baustopp für Kernkraftwerk Brokdorf bleibt vorerst bestehen

Entscheidung des Obergerichts Lüneburg / Entsorgungsmaßnahmen gefordert

FAZ
18.10.77

Tgn. LÜNEBURG, 17. Oktober. Auf unbestimmte, wahrscheinlich längere Zeit bleibt es bei dem Baustopp für das in Brokdorf an der Unterelbe geplante Kernkraftwerk. Das ergibt sich aus einer Entscheidung des Obergerichts für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Lüneburg. Eine etwaige Wiederaufnahme wird in dieser am Montag verkündeten Entscheidung von zwei Voraussetzungen abhängig gemacht. Einmal soll ein prüffähiger Antrag auf Einrichtung eines Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente vorliegen. Zum anderen sollen die geologischen Untersuchungen zum Nachweis eines geeigneten Standorts für die Endlagerung radioaktiver Abfälle eingeleitet sein.

Wann die beiden genannten Bedingungen erfüllt sein können, erscheint insbesondere hinsichtlich der Endlagerung — möglicherweise im niedersächsischen Gorleben — noch völlig ungewiß. Insofern ist der Beschluß des VII. Senats des Obergerichts ein harter Schlag für die in Brokdorf beteiligten Energieunternehmen, denen von der schleswig-holsteinischen Landesregierung eine erste Teilgenehmigung zum Bau gegeben worden war. Die Un-

ternehmen werden nun prüfen müssen, ob sie die stillgelegte Baustelle womöglich jahrelang mit Millionenkosten weiterhin unterhalten wollen.

Der vorläufige Baustopp in Brokdorf war vom Verwaltungsgericht Schleswig am 15. Dezember 1976 angeordnet und am 9. Februar dieses Jahres bestätigt worden. Mit den Schleswiger Beschlüssen wurde die aufschiebende Wirkung der Klagen von drei Gemeinden und von neun einzelnen Anliegern gegen die erste Teilgenehmigung für das Kernkraftwerk wiederhergestellt. Zur Begründung verwiesen die Schleswiger Richter seinerzeit unter anderem darauf, daß die Kieler Landesregierung in dem Genehmigungsbescheid die Frage der atomaren Entsorgung nicht berücksichtigt habe. Dieser Gesichtspunkt war nun auch für das von den Energieunternehmen angerufene Obergericht im Beschwerdeverfahren von ausschlaggebender Bedeutung.

Im wesentlichen stützt sich das Obergericht auf die erst im Herbst 1976, unmittelbar vor Erteilung der Teilerrichtungsgenehmigung, eingeführte Bestimmung des Paragraphen 9a

des Atomgesetzes. Danach ist das Erteilen atomrechtlicher Genehmigungen davon abhängig, daß gleichzeitig konkrete Maßnahmen für Einrichtungen zur Verwertung und Endlagerung von radioaktiven Reststoffen in Angriff genommen werden. In dieser Hinsicht sind nach Ansicht des Obergerichts mit dem Fortschreiten des Genehmigungsverfahrens zunehmend steigende Anforderungen zu stellen.

In der Überlagerung der von den benachbarten Kernkraftwerken Brunsbüttel und Brokdorf ausgehenden radioaktiven Belastungen sowie im Fehlen eines Berstschutzes für den Reaktordruckbehälter sah das Gericht „im gegenwärtigen Stadium des Verfahrens“ keine unüberwindlichen Hindernisse für die Erteilung der Genehmigung. Durch technische Vorkehrungen zur Verminderung radioaktiver Emissionen sowie durch die Qualität und durch laufende Kontrollen des Reaktordruckbehälters könne der höchstmögliche Schutz der in der Kraftwerks Umgebung lebenden Menschen erreichbar sein. (Fortsetzung Seite 2.)

Mitbeschuldigten zu belasten. Man habe ihm gedroht, ihn im Falle einer weite-

sein weiteres Schicksal wurde bislang nichts bekannt.

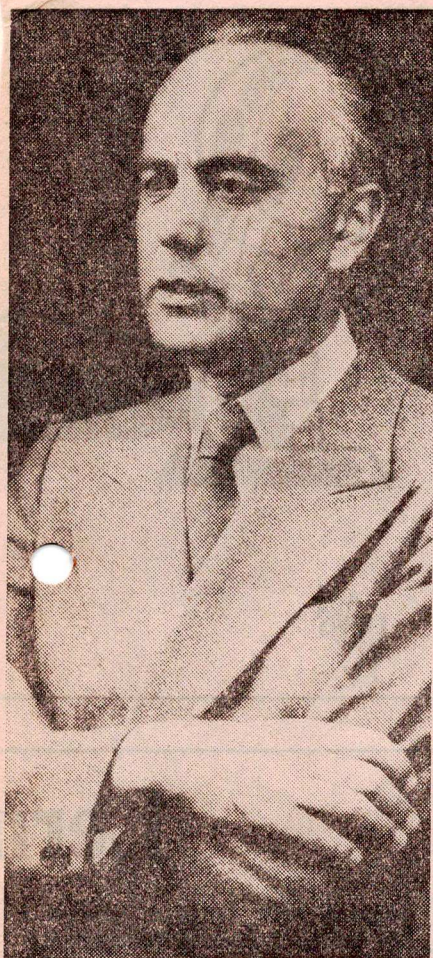
Fortsetzung von Seite 1

Baustopp für Brokdorf bestätigt

Die schleswig-holsteinische Regierung hat zu der Entscheidung des Obergerichts darauf hingewiesen, daß die Entsorgungsprobleme, auf die sich das Gericht vor allem stütze, nicht im Zuständigkeitsbereich der Landesregierung liege. Die Entscheidung des Gerichts sei für das ganze norddeutsche Gebiet von tiefgreifender Wirkung. Dabei gehe es um die Energieversorgung, aber auch um Arbeitsplätze — auch bei den Zulieferungsfirmen im übrigen Bundesgebiet; die Folgen des fortdauernden Baustopps in dieser Hinsicht ließen sich noch nicht übersehen. Bundesregierung und Bundestag müßten die gesetzlichen Vorschriften über die Genehmigung von Kraftwerken neu fassen, damit der „tote Punkt im Baubeginn nicht nur von Kern-, sondern auch von Kohlekraftwerken“ überwunden werden könne.

Im Gegensatz zur Kieler Landesregierung sieht Oppositionsführer Matthiesen (SPD) im Beschluß des Obergerichts Lüneburg über die Fortsetzung des Baustopps in Brokdorf unmittelbare schleswig-holsteinische Zuständigkeiten angesprochen. Er wertet den Richterspruch als „eine Entscheidung gegen die zweifelhafte Energiepolitik des Ministerpräsidenten Stoltenberg“. Damit sei die von der SPD im nördlichsten Bundesland geforderte „Denkpause“ vor dem Bau und der Genehmigung weiterer Kernkraftwerke gerichtlich bestätigt worden. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Barschel, vertritt die Ansicht, die Gerichtsentscheidung, auch wenn man sie respektieren müsse, gebe Anlaß zu Sorgen über die Sicherung der Energieversorgung und über die Wirtschaftsentwicklung. Eine große Zahl von Arbeitsplätzen sei jetzt stark gefährdet.

FAZ 18.10.77



Hinterläßt eine große Lücke in Mainz:
Hans Friderichs

FOTO: SVEN SIMON

Baustopp für Brokdorf bleibt vorläufig bestehen

WOLFGANG MEYER, Lüneburg

Der 7. Senat des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg hat den Baustopp für das Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe bestätigt. In dem Rechtsstreit zwischen den beteiligten Energiewirtschaftsunternehmen und der Landesregierung in Kiel einerseits und den Atomgegnern andererseits, kam das für Schleswig-Holstein und Niedersachsen zuständige Gericht gestern zu dem Schluß, daß die Arbeiten an den sogenannten Pfahlfundamenten und an der Pfahlkopfplatte in Brokdorf erst dann begonnen werden dürfen, wenn ein prüffähiger Antrag für ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente vorliegt. Außerdem seien geologische Untersuchungen zum Eignungsnachweis eines bestimmten Standorts für die Endlagerung der radioaktiven Abfälle erforderlich. Den Antrag für das zusätzliche Zwischenlager müßte die Bundesregierung stellen.

Das Oberverwaltungsgericht stützte seine Entscheidung, die in einem sogenannten Aussetzungsverfahren ergangen ist und daher nur vorläufigen Charakter hat, vor allem auf eine im Herbst vergangenen Jahres eingeführte Bestimmung des Paragraphen 9a des Atomgesetzes. Darin wird die Erteilung weiterer atomrechtlicher Genehmigungen davon abhängig gemacht, daß gleichzeitig konkrete Maßnahmen zur Schaffung von Einrichtungen für die

Verwertung und endgültige Lagerung radioaktiver Reststoffe in Angriff genommen werden.

Die Vorschrift verlangt, daß parallel zu den fortschreitenden Genehmigungsverfahren in zunehmendem Maße strengere Anforderungen gestellt werden. Der 7. Senat hatte zwei Tage lang in Lüneburg beraten und zuvor am Verwaltungsgericht Schleswig verhandelt, das den Baustopp mit Wirkung vom 15. Dezember 1976 verfügt hatte. Die Lüneburger Richter hörten vor ihrer Entscheidung mehr als zwei Dutzend Sachverständige, die von den beiden Parteien aufgeboden worden waren. Von dem gestern bestätigten Baustopp sind Arbeiten zur Sicherung der Substanz ausgenommen.

In der Überlagerung der von den benachbarten Kernkraftwerken Brokdorf und Brunsbüttel nach Ansicht der Gegner ausgehenden radioaktiven Belastungen sieht das Oberverwaltungsgericht im gegenwärtigen Stadium des Verfahrens keine überwindlichen Hindernisse für die Erteilung der Genehmigung. Die Lüneburger Richter kamen zu der Auffassung, daß durch technische Vorkehrungen zur Verminderung radioaktiver Emissionen sowie durch die Qualität und laufende Kontrollen des Reaktordruckbehälters der „höchstmögliche Schutz“ der in der Umgebung des Kernkraftwerkes lebenden Menschen erreichbar erscheint.

Tauziehen um Zwischenlager beendet

HEINZ HECK, Bonn

Das monatelange Tauziehen zwischen den Bundesländern um den Standort eines Zwischenlagers für Atom Müll ist beendet. Die Landesregierung in Düsseldorf hat jetzt eine entsprechende Zusage für Nordrhein-Westfalen gegeben. Sollte bei wachsendem Müllanfall ein zweites Lager erforderlich werden, so hat die bayrische Landesregierung Bereitschaft signalisiert. Ministerpräsident Alfons Goppel erklärte vor Journalisten in Bonn: „Da wir Kernenergie brauchen, kann man sich den Folgelasten nicht entziehen.“

Bonner Experten halten den Bau des Zwischenlagers bis 1982 für möglich. Dies ist deshalb von entscheidender Bedeutung, weil andernfalls spätestens Anfang 1983 erste Kernkraftwerke wegen fehlender Entsorgungsmöglichkeiten abgeschaltet werden müßten. Das Eingangslagerbecken der zentralen Entsorgungsanlage ist dagegen frühestens Mitte der 80er Jahre aufnahmefähig (Standort voraussichtlich in Gorleben).

Gewissermaßen als Belohnung für seine Bereitschaft zur Müllagerung möchte Düsseldorf, daß auch die Urananreicherungsanlage nach Nordrhein-Westfalen kommt (als Standorte sind

Ahaus und Gronau im Gespräch). Hannover hatte die gleiche Forderung als „Preis“ für den Standort des Entsorgungszentrums in Niedersachsen gestellt.

Die Bundesregierung gibt jedoch Nordrhein-Westfalen den Vorzug. Da der Bund günstige Kredite von 360 Millionen Mark für die Anlage bereitstellen will, wird sich die Firma Uranit bei den noch ausstehenden Standortentscheidungen sicher die Bonner Auffassung zu eigen machen.

In der FDP wächst das Bemühen, in der Frage der Kernenergiepolitik beim Bundesparteitag in Kiel einen Beschluß durchzusetzen, der den erklärten Absichten der Bundesregierung deutlich entgegenkommt. Während der Beschluß des FDP-Bundesausschusses vom 26. Juni in Saarbrücken auf ein mindestens dreijähriges Kernkraftmoratorium hinauslief, bemühen sich einflußreiche Bonner FDP-Kreise um eine Änderung in Kiel in folgendem Sinne: „Die Erteilung von Neubaugenehmigungen für Kernkraftwerke wird solange nicht für verantwortlich gehalten, bis nicht folgende Forderungen erfüllt sind: Nachweis der sicher beherrschbaren Endlagerung hochradioaktiven Mülls, Nach-

weis der sicheren und technisch bedenkenlosen Zwischenlagerung.“

Die geforderten Nachweise gelten als erbracht, wenn Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission gutachterlich feststellen, daß das geplante deutsche Entsorgungszentrum sicherheitstechnisch einwandfrei realisierbar ist. Diese Position vertritt auch die Bundesregierung.

Dagegen verschärft sich die Front zwischen SPD und Bundesregierung. Die Antragskommission unter Leitung von Horst Ehmke hat in ihren „Empfehlungen“ für den Hamburger Parteitag den Moratoriumsbeschluß des SPD-Vorstands noch pointiert. Zeitungsmeldungen vom Montag hatten von einem neuen Antrag für Hamburg berichtet, der auf eine Initiative des SPD-Fraktionsvorstandes zurückgehen und Schmidt inhaltlich entgegenkommen solle. Diese Meldung wird in der SPD-Zentrale als unzutreffend bezeichnet. Die Fraktion könne auf Parteitag keine Anträge einbringen. Die Zitate aus dem vermeintlichen Antrag würden in Wahrheit aus den Empfehlungen der Antragskommission für Hamburg stammen, hieß es.

Seite 6: Kampfansage

Baustopp für Brokdorf bestätigt

Weiterbau am Kernkraftwerk ist von der Entsorgung abhängig

FR. 18.10.77

Von unserem Korrespondenten Dieter Stäcker

HAMBURG, 17. Oktober. Am geplanten Kernkraftwerk in Brokdorf an der Unterelbe darf nicht weitergebaut werden. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg bestätigte am Montag weitgehend einen von der ersten Instanz per einstweiliger Verfügung angeordneten Baustopp für das auf 1300 Megawatt angelegte Werk. Insbesondere wurde den Kraftwerks-Bauherren verboten, die Gründungspfähle in den Boden einzurammen und eine Abdeckplatte für den Reaktor einzubauen. Dagegen genehmigte das Gericht, die Baustelle weiter durch Zäune und Mauern abzusichern und das unmittelbar neben der Elbe liegende Gelände aufzuspülen. Auch das Ausheben einer Baugrube wurde nicht untersagt.

Das OVG stützte seine Entscheidung, gegen die es keine Einspruchsmöglichkeiten mehr gibt, auf die im Herbst 1976 eingeführte Bestimmung des Atomgesetzes. Demnach hängt die Erteilung weiterer Genehmigungen von Maßnahmen für die Verwertung radioaktiver

Abfälle ab. Der Baustopp gelte daher nur so lange, bis von der Bundesregierung ein „prüfungsfähiger Antrag für ein Zwischenlager zur Lagerung abgebrannter Brennelemente gestellt und geologische Untersuchungen zum Nachweis der Eignung eines bestimmten Standortes für die Endlagerung radioaktiver Abfälle eingeleitet sind“, heißt es in dem Urteil.

Weiter wird betont, daß Fragen einer möglichen radioaktiven Verseuchung oder eines mangelnden Berstschatzes für den verhängten Baustopp keine Rolle gespielt hätten. Durch Maßnahmen zur Verhinderung radioaktiver Emissionen und die Qualität sowie laufende Kontrollen des Reaktor-Druckbehälters werde der höchstmögliche Schutz für die in der Umgebung des Kraftwerks lebenden Menschen garantiert.

*

hol FRANKFURT A. M. Der Bundesverband Bürgernitiativen Umweltschutz

(BBU) begrüßte die Lüneburger Entscheidung. Hermann Schultz, stellvertretender Vorsitzender des Verbandes, sagte gegenüber der FR, die Bürgerinitiativen hätten ziemlich fest mit einem Urteil in ihrem Sinne gerechnet und Vertrauen in die Gerichte gesetzt. Schultz bedauerte allerdings, daß solche „lebenswichtigen Entscheidungen“ von den Gerichten und nicht von den eigentlich zuständigen Parlamentariern gefällt würden.

*

11 KIEL. Als „Entscheidung von tiefgreifender Bedeutung für die Bundesrepublik“ wertete die schleswig-holsteinische Landesregierung den Beschluß. Die Energieversorgungsunternehmen würden sich die Frage stellen müssen, ob sie überhaupt noch ihren gesetzlichen Auftrag zur Sicherung der Stromversorgung erfüllen könnten.

(Siehe auch Seite 3)

Auf einen Blick:

Über Atom-Gefahren Experten uneinig

Brokdorf-Verfahren bisher noch ohne Urteil

Schleswig (em/hr) Mit Aussagen von Sachverständigen über die Gefahren der Lagerung und Wiederaufbereitung verbrauchter Brennelemente hat der VII. Senat des Lüneburger Obergerichtes am Mittwoch in Schleswig seine Dienstag begonnene Berufungsverhandlung fortgesetzt. Am Donnerstag und Freitag sollen sich interne Beratungen in Lüneburg anschließen. Nach Auskunft eines Beteiligten ist mit einer Entscheidung darüber, ob der Baustopp für das Kernkraftwerk Brokdorf fortbesteht oder aufgehoben wird, nicht vor dem 20. Oktober zu rechnen.

Wie schon am Dienstag, so war auch die gestrige Verhandlung von gegensätzlichen Auffassungen über die Gefahren von Kernkraftwerken bestimmt. In einem Fragenkatalog wünschen die fünf Richter des Lüneburger Senats von den Bauherren des Kernkraftwerkes Brokdorf und von den Klägern gegen das Projekt unter anderem Auskunft darüber, ob eine Endlagerung abgebrannter Brennelemente ohne vorherige Aufarbeitung überhaupt technisch möglich sei und worauf sich die „Zuversicht“ stütze, daß im Salzbergwerk Gorleben oder an einer anderen Stelle der Bundesrepublik ein geeigneter Ort für eine Endlagerung gefunden werden könne.

Ein Sprecher des niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung versicherte, daß die Einlagerung von Atommüll in Salzstöcken sicher sei und daß auch durch Grundwasser keine Gefahr drohe. Ein Sprecher der Elektrizitätswirtschaft wies darauf hin, daß Frankreich bei der Aufbereitung abgebrannter Brennelemente die größten Erfahrungen habe. Die deutsche Entwicklung liege fünf Jahre zurück, da die Franzosen mit dem Ausbau der Kernenergie früher begonnen hätten.

Nach Angaben des Sprechers sind aber auch in der Bundesrepublik geeignete Verfahren für die Verfestigung hochradioaktiver Abfälle entwickelt worden, die Anfang der neunziger Jahre angewendet werden könnten.

Diesen Auffassungen widersprachen in teilweise scharfen Formulierungen die von den Kernkraftwerksgegnern aufgetragenen Sachverständigen. Nach ihrer Ansicht sind die Aufbereitungsanlagen sehr störanfällig. Außerdem könne man die bisher in Labors gemachten Erfahrungen nicht ohne weiteres auf Großanlagen in der Praxis übertragen. Hier seien unkontrollierte Kettenreaktionen möglich. Nach den Worten des Bremer Professors Jens Scheer ist vor allem ungeklärt, wie die bei einer Lagerung von Atommüll entstehenden radioaktiven Gase abgeleitet werden sollen.

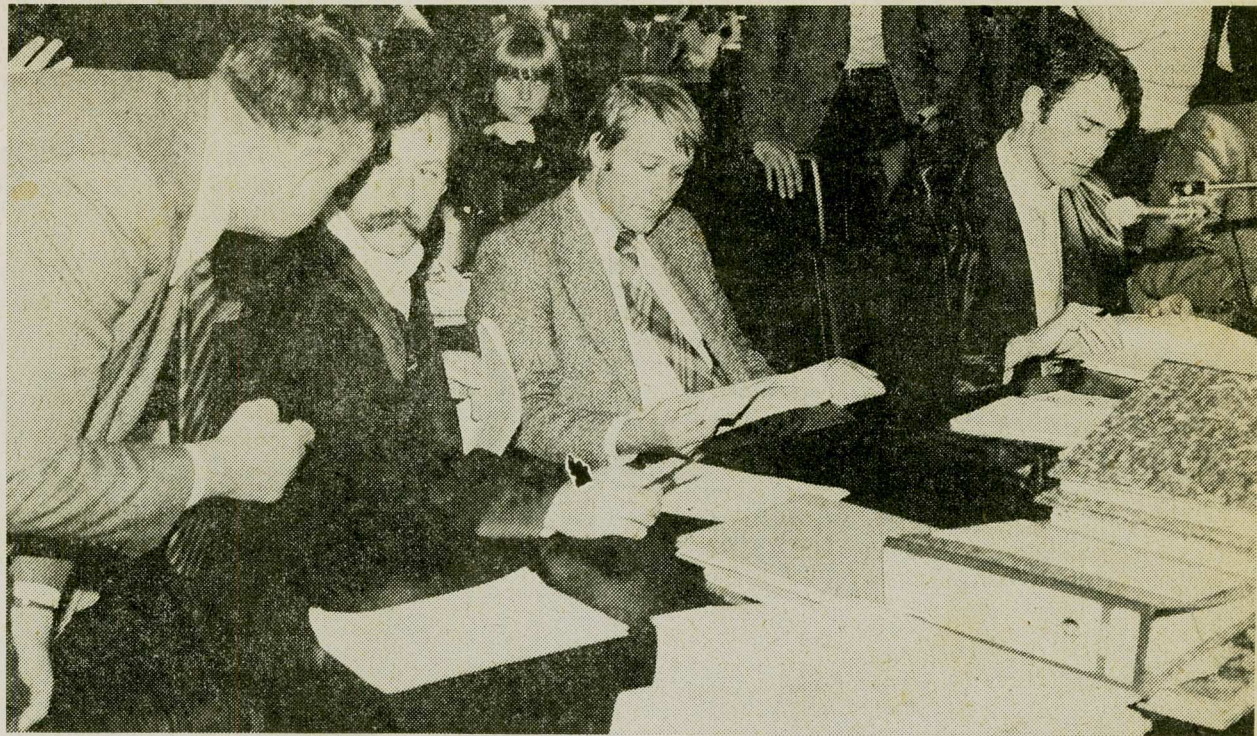
Ein anderer Sprecher der Kernkraftwerksgegner warf der Atomindustrie vor, sie versuche in Brokdorf und Gorleben vollendete Tatsachen zu schaffen.

Als der Rechtsvertreter der mit dem Bau des Kernkraftwerkes befaßten Elektrizitätsunternehmen, Professor Hans Fischerhof, den Sachverständigen der Kläger vorwarf, sie hätten ihre Erfahrungen nur aus Büchern entnommen, während seine Mandanten Experten aus der Praxis seien, kam es zu gegenseitigen Beschuldigungen, die vom Vorsitzenden Richter geschlichtet werden mußten.

Ein lebhafter Argumentenaustausch entbrannte über die vom Senat gestellte Frage, warum das Reaktorgebäude in Brokdorf wohl gegen den Absturz einer Militärmaschine, nicht aber gegen den eines wesentlich schwereren Verkehrsflugzeuges ausgelegt sei. Die von den Antragstellern aufgetragenen Gutachter behaupteten, die Nichtberücksichtigung ziviler Maschinen widerspreche den Grundlagen der Wahrscheinlichkeitsrechnung; es könne sehr wohl vorkommen, daß auch in Brokdorf ein Verkehrsflugzeug abstürze. Darüber hinaus könne ein Flugzeugabsturz auch dann katastrophale Folgen haben, wenn das Reaktorgebäude nicht unmittelbar getroffen würde; bei einem Aufprall bis etwa 1000 Meter Entfernung entstehe ein „künstliches Erdbeben“, gegen das die Reaktorgründung nicht ausreichend gesichert sei. Der Bremer Professor Scheer nannte außerdem weitere Gefährdungsmöglichkeiten, wie Kriegseinwirkung, menschliches Versagen, Sabotage, die das Sicherheitskonzept der Kraftwerksrichter noch fragwürdiger erscheinen ließen.

Demgegenüber legten die Gutachter der Energieunternehmen Wert auf die Feststellung, daß man sich bei den Berechnungen streng an die Leitlinien der Reaktorsicherheitskommission gehalten habe. Obwohl die Wahrscheinlichkeit eines Großflugzeug-Absturzes über Brokdorf äußerst gering sei (es wurde u. a. darauf hingewiesen, daß Verkehrsflugzeuge im Gegensatz zu Militärmaschinen auf genau festgelegten Luftstraßen fliegen) könne man davon ausgehen, daß die Anlage auch gegen derartige Abstürze gesichert sei. Das liege daran, daß Großflugzeuge eine erheblich geringere Absturzeschwindigkeit hätten als etwa der den Berechnungen zugrunde gelegte Jagdbomber „Phantom“, und außerdem daran, daß sich die Trümmer eines Verkehrsflugzeuges auf eine größere Fläche der Anlage verteilen würden.

Zur Frage der Belastbarkeit der Pfahlgründung des Brokdorfer Reaktorgebäudes wurden verschiedene Berechnungen präsentiert, deren Ergebnis auf der Seite der Antragsteller die Sicherheit erheblich in Zweifel zog, während die Gutachter der Energieunternehmen ausreichende Sicherheit attestierten. Übereinstimmung herrschte bei allen Verfahrens-beteiligten darüber, daß die vorgesehenen Fundamente nicht das Gewicht des mit einem Berstschutz ausgestatteten Reaktorgebäudes tragen könnten; die Pfahlgründung könne auch nicht so verstärkt werden, daß sie die zusätzliche Belastung einer berstgesicherten Anlage aushielte.



Die Rechtsvertreter der Brokdorf-Gegner, zweiter von links Rechtsanwalt Winfried Günnemann

Foto: Haller

Jeden Monat elf Millionen DM Verlust

Baustopp in Brokdorf wird für die Elektrizitätswerke eine teure Angelegenheit

Hamburg/Brokdorf (dpa) Die Entscheidung über den Baustopp für das Kernkraftwerk Brokdorf, die das Obergericht Lüneburg zu treffen hat, rückt diesen Konfrontationspunkt zwischen staatlicher Ordnungsmacht und Kernkraftgegnern wieder in den Blickpunkt.

Nach den Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Whyll in Baden-Württemberg war das Baugelände am nördlichen Elbufer gleich nach der ersten Teilgenehmigung im Oktober vergangenen Jahres Schauplatz eines offenen Kampfes zwischen Polizei und Demonstranten.

Bei der zweiten Demonstration vor dem wie eine Festung geschützten Baugelände eskalierten die Auseinandersetzungen. Auf beiden Seiten gab es eine Reihe von Verletzten. Gegen über 200 Demonstranten werden strafrechtliche Ermittlungsverfahren eingeleitet. Im Dezember 1976 entsprach das Schleswiger Verwaltungsgericht in einem Eilverfahren einem Antrag von drei Anliegergemeinden und acht Einzelklägern auf einen vorläufigen Baustopp für das Kernkraftwerk.

Trotz einer Bestätigung des Baustopps trafen sich am 19. Februar Kernkraftgegner in Itzehoe (Kreis Steinburg) zur bisher letzten Großkundgebung gegen das Kernkraftwerk. Vorher hatten sich die verschiedenen Bürgerinitiativen in der Frage des Demonstrationsortes gespalten. Während die gemäßigten für Itzehoe plädierten, riefen radikale Gruppen zu einem Marsch nach Brokdorf auf. Bei einem massiven Einsatz von Polizei und Bundesgrenzschutz verliefen die Kundgebungen in Itzehoe und Umgebung ohne Zwischenfälle.

Für den Fall, daß das für Schleswig-Holstein und Niedersachsen zu-

ständige Oberlandesgericht Lüneburg jetzt den Baustopp gegen das Kernkraftwerk aufhebt, ist mit weiteren Demonstrationen zu rechnen. Die Landeskongress der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU) hat bereits beschlossen, zu einer neuen Großkundgebung aller Kernkraftgegner in Brokdorf aufzurufen, wenn der Baustopp ausgesetzt wird.

Die Auseinandersetzungen um Brokdorf machten auch die unterschiedlichen Meinungen der Parteien über die Kernenergie deutlich. Die CDU-Landesregierung in Schleswig-Holstein hat sich wiederholt für den Bau des Kernkraftwerkes eingesetzt, da es nach ihrer Meinung für die Energieversorgung notwendig ist. Für einen generellen Baustopp für Kernkraftwerke hat sich dagegen die schleswig-holsteinische SPD ausgesprochen. Nach ihrer Meinung muß erst die Entsorgung der Kernkraftwerke gesichert sein. Einen ähnlichen Standpunkt vertritt auch die FDP im Kieler Landtag.

Zwist hat die Brokdorf-Diskussion auch im Hamburger Rathaus ausgelöst. Die Hansestadt will in Zukunft einen Teil ihres Strombedarfs aus dem Kraftwerk beziehen. Während sich die Regierungsparteien SPD und FDP auch hier für einen Baustopp bis zur endgültigen Klärung der Entsorgungsfrage einsetzen, sprach sich die CDU für den Bau des Kernkraftwerkes aus. Der SPD/FDP-Senat, in dessen Energieplanung das Kernkraftwerk Brokdorf enthalten ist, machte unterdessen deutlich, daß Brokdorf für Hamburgs Wirtschaft und Private Haushalte notwendig sei.

Nach Angaben der Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK) kostet die Baustelle monatlich rund elf Millionen Mark für gebundenes Kapital und

die Auftragsverzögerungen für die Baufirmen. Das Energieversorgungsunternehmen weist darauf hin, daß diese Kosten letztlich der Verbraucher zahlen müsse.

Hochschule: CDU kritisiert Biallas

Hamburg (dpa) Der vom Zweiten Hamburger Bürgermeister Professor Dr. Dieter Biallas (FDP) vorgesehene Maßnahmenkatalog gegen die für das Wintersemester angekündigten Störungen von Vorlesungen ist von der CDU scharf kritisiert worden.

Wörtlich erklärte der bildungspolitische Sprecher der CDU-Bürgerchaftsfraktion, Volker Rube: „Die Chaoten und kommunistischen Unruhestifter an der Universität werden sich ins Fäustchen lachen.“ Die Pläne des als Wissenschaftssenator für die Universität zuständigen Zweiten Bürgermeisters nennt Rube „wirkungslos“.

Rube meint, die Rädelsführer würden die Störungen der Vorlesungen wie im Sommersemester fortsetzen, weil Biallas sich weigere, das Ordnungsrecht anzuwenden und die Rädelsführer von der Universität zu entfernen.

Biallas hatte erklärt, Vorlesungen sollten dadurch geschützt werden, daß Zutritt nur erhalte, wer die Vorlesung als Student besuche. Gleichzeitig betonte Biallas jedoch, daß es eines besonderen Ordnungsrechtes für Hochschulen nicht bedürfe.

Es sei eine „Kapitulation vor der Gewalt“, sagte Rube dazu, daß bestimmte Vorlesungen nur noch in besonders abgesicherten Räumen durchgeführt werden sollen.

Zwischen

Neunjähriger Schüler ertrunken

Heim zum Ghetto zu werden. Außerdem warnt die Lebenshilfe vor einer Zusammenlegung von psy-

Lüneburger Richter mühen sich um Entscheidung über Brokdorf

Erster Verhandlungstag brachte Schlagabtausch der Sachverständigen

Schleswig (em/hr) Unter starken Sicherheitsvorkehrungen und mit einigen verstreuten Demonstranten, die vor dem Gebäude des Schleswiger Oberlandesgerichts mit Transparenten und Flugblättern gegen die Kernkraft protestierten, hat das Lüneburger Oberverwaltungsgericht gestern

eine zweitägige Verhandlung begonnen. Nach Auswertung des dabei gewonnenen Materials wollen die fünf Richter des VII. Senats darüber befinden, ob am Kernkraftwerk Brokdorf weitergebaut werden darf. Die Entscheidung wird wahrscheinlich in dieser Woche nicht mehr fallen.

Die zwei ehrenamtlichen und drei hauptamtlichen Richter unter Vorsitz des Vizepräsidenten des Lüneburger Oberverwaltungsgerichts, Kurt Henning, müssen über einen Urteilsspruch des Schleswiger Verwaltungsgerichts entscheiden, das am 9. Februar 1977 auf Antrag mehrere Einzelpersonen und Gemeinden einen vorläufigen Baustopp der Arbeiten am Kernkraftwerk Brokdorf mit der Begründung verfügt hat, bei der Genehmigung des ersten Teilabschnittes durch das schleswig-holsteinische Sozialministerium sei die Frage der Entsorgung von verbrauchten Brennelementen nicht ausreichend geregelt worden. Dagegen haben die Nordwestdeutschen Kraftwerke als Bauherren in Übereinstimmung mit der Landesregierung Einspruch erhoben.

Als die Sitzung gestern morgen im Plenarsaal des ehrwürdigen Gerichtsgebäudes begann, wirkte die Atmosphäre zunächst gespannt. Nachdem der Vorsitzende Richter nach ersten Protestäußerungen aus dem Zuschauerraum jedoch mit Gelassenheit und Strenge zugleich reagierte und anschließend die Sachverständigen zu Worte kamen, hatte bereits bis zur Mittagspause ein Teil der Kernkraftwerkgegner den Saal verlassen.

Zum Auftakt der Sitzung trugen Befürworter und Gegner des bei Brokdorf begonnenen neuen Kernkraftwerkes, das eine Leistung von 1300 Megawatt haben soll, noch einmal ihre unterschiedlichen Ansichten vor.

Der Rechtsvertreter der Kraftwerke, der Frankfurter Professor Fischerhof, vertrat die Ansicht, es sei unzulässig gewesen, daß die Schleswiger Richter seinerzeit bei ihrer Entscheidung auch

bereits künftige mögliche Gefahren durch das Kernkraftwerk in Brokdorf mitberücksichtigt hätten. Nach seinen Worten gibt es keine unüberwindlichen Hindernisse, die dem Bau des Kernkraftwerkes entgegenstehen. Fischerhof sprach sich dafür aus, den Baustopp wegen der enormen psychologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen aufzuheben.

Dieser Auffassung widersprach der Anwalt der Kernkraftwerkgegner, Winfried Günnemann. Er meinte, schon bei der ersten Teilgenehmigung müßten mögliche Gefahren durch das Kernkraftwerk berücksichtigt werden. Der Anwalt bezweifelte, daß die Landesregierung rechtlich korrekt gehandelt habe, als sie nach Bewilligung der ersten Teilgenehmigung die sofortige Vollziehbarkeit und damit den Baubeginn genehmigt hat, ohne daß über die Einsprüche bereits rechtlich entschieden war. Auf diese Weise sind nach Ansicht des Anwalts die Rechte der Betroffenen ebenso ausgeschaltet worden wie die Kontrolle durch die Gerichte.

Diesem Standpunkt widersprach nachdrücklich der Rechtsvertreter der Landesregierung, Hoffmann-Fölkersamb. Der sofortige Vollzug sei aufgrund der Prognosen über den Verbrauch von Elektrizität und damit im öffentlichen Interesse nötig gewesen. Auch über die Entsorgung hätten sich die zusätzlichen Behörden „Gedanken gemacht“.

Anschließend boten beide Seiten eine größere Anzahl von Wissenschaftlern auf, die anhand umfangreichen Zahlenmaterials ihre gegensätzlichen Standpunkte untermauerten. Die Vertreter der Kraftwerke versicher-

ten, auch durch den Bau von Brokdorf seien keine gesundheitlichen Schäden zu erwarten, weil die Strahlenbelastung weit unter den gesetzlich zugelassenen Werten läge. Die Gutachter der Kernkraftwerkgegner widersprachen diesen Aussagen und erhoben den Vorwurf, zahlreiche Unsicherheitsfaktoren seien ausgeklammert worden. Es werde zu höheren Belastungen kommen, als in der Strahlenschutzordnung erlaubt sei.



Das Gericht nimmt die Verhandlung auf



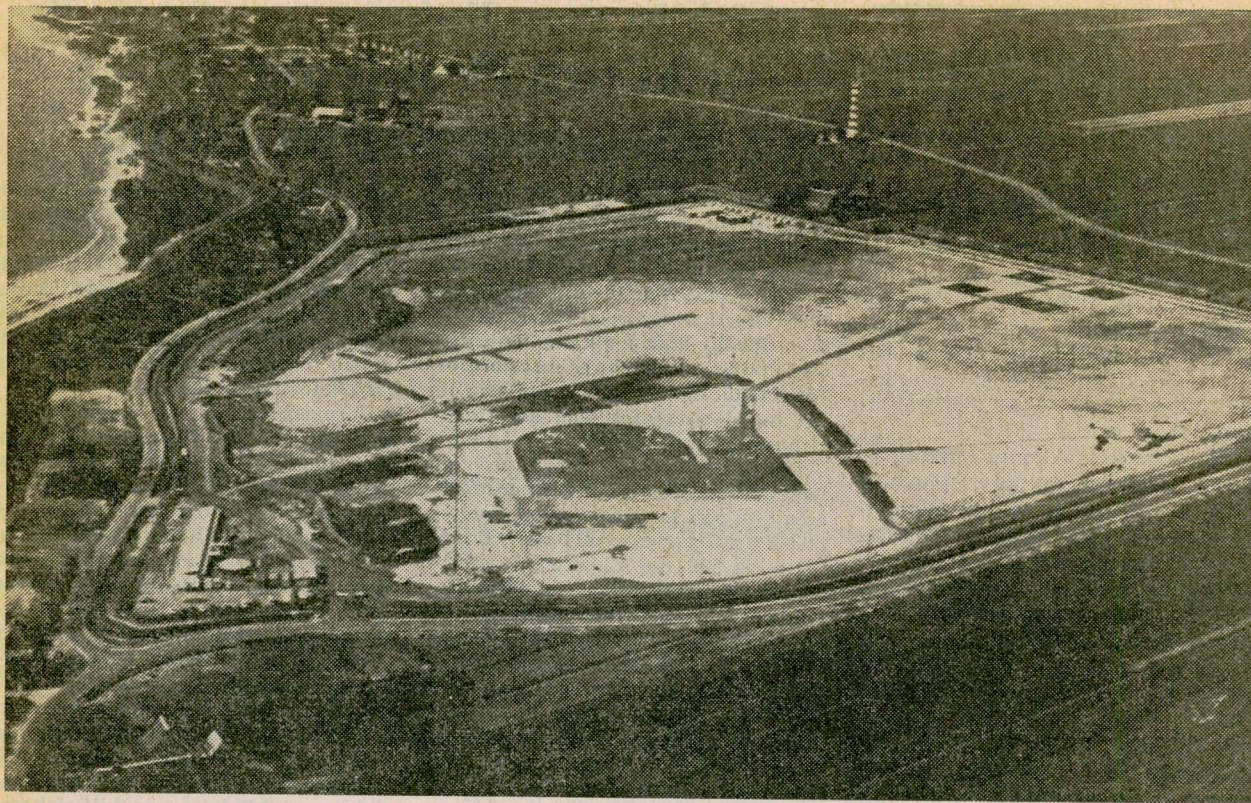
Im Hof des Gerichtsgebäudes: Wasserwerfer und Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei

Jasper geht und FDP distanziert sich

Rendsburg/Kiel (em) Der stellvertretende Landesvorsitzende...

Zwischen

menden Jahr die Konsolidierung des Landeshaushalts keinen Vorrang haben. Notwendig seien viele Maßnahmen...



Allen Auseinandersetzungen entrückt: das Baugelände in Brokdorf aus der Vogelperspektive
Luftbild-Freigabe-Nr. 290/77 durch Luftamt Hamburg

Nach der Anhörung hat sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen

In den Plädoyers erläuterten die Brokdorf-Parteien noch einmal ihre Standpunkte

Schleswig (hr) Ein „Grundsatzreferat“ des Frankfurter Professors Hans Fischerhof über die Rolle der Verwaltungsgerichte und persönliche Erklärungen von sechs der zehn als Antragsteller auftretenden Kernenergie-Gegner waren die Höhepunkte der Plädoyers, mit denen die Berufungsverhandlung in der Auseinandersetzung um dem Baustopp für die Kernkraftwerke Brokdorf am späten Mittwochnachmittag nach über 20 Verhandlungsstunden in Schleswig zu Ende ging. Der VII. Kammer des Oberverwaltungsgerichts zog sich für die Beratung ins heimische Lüneburg zurück; die Beratungsdauer sei, so der Senatsvorsitzende Hennig am Mittwoch auf die Frage eines Prozeßbeteiligten, „noch nicht abzusehen“. Beobachter des Verfahrens rechnen jedoch nicht damit, daß eine Entscheidung vor Ablauf einer Woche verkündet wird.

Professor Fischerhof gab im Stil klassischer Rhetoriker, zunächst die schweren Vorwürfe, die gegen deutsche Verwaltungsgerichte in jüngster Zeit wegen ihrer Rechtsprechung in Kernkraftwerksfragen erhoben worden waren, wieder (bis hin zu der Forderung, Kernenergieprozesse „Sondergerichten mit mehr fachlicher Kompetenz“ zu übertragen), um sich dann von diesen Auffassungen zu distanzieren und den Richtern des VII. Senats zu bescheinigen, daß sie ihre Aufgabe wohl bewältigen würden. Fischerhof unterstrich allerdings, die Verwaltungsgerichte seien keine „technisch-physikalisch-biologischen Superinstanzen“, sondern sie hätten dafür zu sorgen, daß alles „mit rechten Dingen“ zugehe und daß die Entscheidungen der Behörden vertretbar seien.

Ein weiterer Baustopp in einem vorläufigen Rechtsschutzverfahren könne, so meinte der Frankfurter Professor, der im Schleswiger Verfahren die Brokdorfer Kraftwerksbetreiber als Prozeßbevollmächtigter vertrat, „die gesamte deutsche Volkswirtschaft in Gefahr bringen“. Direkt an die Richter gewandt, fragte Fischerhof: „Meinen Sie, die gesamte Last der Verantwortung für das Ja oder Nein zur Kernenergie auf sich nehmen zu können, anstatt sie der Wissenschaft und der Politik zu überlassen?“ Geradedazu beschwörend erinnerte er daran, daß „bisher noch kein Obergericht einen Kernkraftwerksbaustopp ausgesprochen hat“ und ließ seinen Appell in der Befürchtung gipfeln, ein Baustopp aus Lüneburg wäre ein „vernichtender Schlag für die Küstenländer“.

Leben kam noch einmal in den Gerichtssaal, als sechs der zehn Antragsteller aus der Umgebung des Kernkraftwerks persönliche Erklärungen abgaben, in denen sie vor allem die Sorgen um ihre Familien und ihre bäuerlichen Betriebe zum Ausdruck brachten. Da war die Rede von eiskalt kalkultierten und eingeplanten „Krebstoten“ (dieser Satz wurde von dem Rechtsvertreter des Kieler Wirtschaftsministeriums später als „Ungeheuerlichkeit“ bezeichnet), von verseuchtem Trinkwasser für das Vieh, vom Staat, der uns Bürger in einer Nacht-und-Nebel-Aktion überrumpelt. Lebhafter Beifall, mit dem diese Äußerungen von den Kernenergiegegnern unter den Zuhörern bedacht wurden, veranlaßten den Senatsvorsitzenden zu dem Hinweis, daß ein Gerichtssaal keine politische Bühne sei – „Auch zu so später Stunde kann ich den Saal

noch räumen lassen.“ Diese „Drohung“ verfehlte ihre Wirkung nicht, so daß die Verhandlung auch in ihrem letzten Stadium in geordneten Bahnen verlief.

Der Prozeßbevollmächtigte der Antragsteller, Rechtsanwalt Günnemann, faßte noch einmal die an beiden Verhandlungstagen von „seinen“ Gutachtern vorgebrachten Argumente zusammen und kam zu dem Schluß, daß aufgrund der zahlreichen Sicherheitsrisiken der Baustopp auf jeden Fall aufrechterhalten werden müsse. Bei einer Fortsetzung der Bauarbeiten in Brokdorf würden weitere vollendete Tatsachen geschaffen, von denen es kein Zurück mehr gäbe und durch die der Rechtsschutz der Antragsteller ernsthaft in Frage gestellt wäre.

Der als letzter plädierende Vertreter des öffentlichen Interesses, Ministerialrat Dr. Busch, stellte fest, das Verfahren laufe vor einem „merkwürdigen Hintergrund“ ab: Auf der einen Seite sei der weltweite erfolgreiche Einsatz von Kernkraftwerken zu registrieren, auf der anderen Seite gebe es in der Bundesrepublik einen heftigen, sich leider auch militant äußernden Widerstand gegen die Kernenergie. Dr. Busch warf die Frage auf, ob es sich hier um „Einbrüche des Irrationalen“ oder um Schwierigkeiten bei der geistigen und psychologischen Bewältigung einer sehr schnell verlaufenden technischen Entwicklung handele. Einen Abstecher in die Außenpolitik unternahm der Ministerialrat, als er „bei zu rigoroser Handhabung des Baustopps durch Verwaltungsgerichte“ die Gefahr ausmachte, die Bundesrepublik könne wegen nicht erfüllter Verträge „völkerrechtlich handlungsunfähig“ werden.

N.R. 11.10.77

Hamburg/Schleswig-Holste



Landwirte aus der Wilster- und Krempermarsch demonstrierten gestern nachmittag mit einem Treckerkorso vor dem Gelände des geplanten Kernkraftwerkes in Brokdorf an der Unterelbe. Foto: joko

Zwischen Nord- und Ostsee

Zwei Todesopfer in Schleswig-Holstein

Neumünster (dpa). Bei Verkehrsunfällen sind am Wochenende in Schleswig-Holstein zwei Menschen getötet worden. Wie die Polizei am Montag mitteilte, wurde am Sonntag in der Nähe seines Wohnortes Garding (Kreis Nordfriesland) der 42 Jahre alte Richard B. in seinem Wagen tot aufgefunden. Das leichtbeschädigte Auto lag umgekippt in einem Wassergraben. Die Polizei vermutet, daß der Fahrer ertrunken ist. Über den Unfallhergang ist nichts bekannt.

Auf der Bundesstraße 76 wurde am Sonntagabend bei Plön der 45jährige Arbeiter Kurt W. aus Kleinmeinsdorf (Kreis Plön) mit seinem Fahrrad von einem Auto erfaßt und getötet.

Treckerdemonstration in Brokdorf:

„Klärer stehen nicht allein in Schleswig“

Brokdorf (joko). Rund 100 Landwirte und KKW-Gegner demonstrierten am gestrigen Nachmittag mit einem Fahrzeugkorso, der aus 49 Traktoren, 40 Personenwagen und zwei Krafträdern bestand, gegen den Bau des geplanten Kernkraftwerkes am Bauplatz in Brokdorf (Kreis Steinburg).

Die friedlich verlaufene Demonstration wurde von der Initiative „Bauern gegen das Atomkraftwerk“, der Landwirte aus der Wilster- und Krempermarsch angehören, veranstaltet.

Dreimal umrundete die über einen Kilometer lange Kolonne den Bauplatz, so daß die Polizei teilweise die Bundesstraße 431 sperren mußte. An den mitgeführten Fahrzeugen waren Transparente angebracht worden, auf denen die Einstellung der Bauarbeiten gefordert wurden. „Wiesen statt Wüsten“ und

„Gerichte entscheiden: Tod oder Leben“ war zu lesen.

Die Polizei war nur mit schwachen Kräften zur genehmigten Demonstration angerückt, um den Straßenverkehr zu regeln.

Zum Abschluß der Treckerdemonstration hielten die Teilnehmer am Haupttor zum Bauplatz eine kurze Kundgebung ab. „Mit unserer heutigen Aktion haben wir gezeigt, daß die Klärer in Schleswig nicht alleine stehen“, hieß es.

Wie gemeldet, entscheidet am heutigen Dienstag und morgigen Mittwoch der 7. Senat des Obergerichtspräsidenten Lüneburg in Schleswig über den in erster Instanz vom Verwaltungsgericht Schleswig-Holstein erlassenen vorläufigen Baustopp des Kernkraftwerkes Brokdorf.

Kernkraftwerke in Brunsbüttel, Stade und Brokdorf?

Die Frage wurde zum nuklearen 'Bermuda-Dreieck'

Von Peter Kruse

Schleswig, 12. Oktober

Ein glücklicher Zufall führte Regie bei der nun entscheidenden gerichtlichen Auseinandersetzung um Sein oder Nichtsein des Baustopps für das Kernkraftwerk Brokdorf. Bei der Auswahl der ehrenamtlichen Richter im 7. Senat des Obergerichtes Lüneburg war der Buchstabe S an der Reihe. Und so fiel das Los auf die Herren Dr. Straßmann und Dr. Struwe. Der eine ist Physiker, der andere Agrarexperte. Unter solch kompetentem „Begleitschutz“ konnte der Vorsitzende Richter Kurt Hennig (62) beruhigt das nach Schleswig verlegte Verfahren starten.

Voller Wißbegier hat sich die Richterriege in das Verfahren gestürzt. Der Phalanx von 60 Sachverständigen und den Prozeßbeteiligten (Kläger: drei Elb-Gemeinden und neun Brokdorfer Bürger; Beklagte: Stromerzeuger, Kraftwerksbauer und die Landesregierung Kiel) legte das Gericht einen siebenseitigen Fragenkatalog vor.

Und damit stand fest, daß Brokdorfs Zukunft nicht mehr allein vom Bau einer Atomtüll-Deponie abhängt. Lüneburgs Verwaltungsrichter haben aus den zahlreichen Verfahren der Vergangenheit gelernt. Sie wollen alles wissen. Sie sehen Brokdorf auch nicht mehr als isolierten „Fall“. Sie fragen: Wie ist das, wenn drei Kernkraftwerke auf relativ engem Raum betrieben werden, nämlich Stade, Brunsbüttel und vielleicht auch Brokdorf?

Für die Sachverständigen beider Parteien wurde diese Frage zum nuklearen „Bermuda-Dreieck“, dessen Rätsel auch die Atom-Experten offenbar nicht lösen können.

Messungen bei anderen Kernkraftwerken und die Hochrechnungen auf die elbische Situation hätten ergeben, daß die Bevölkerung in und um Brokdorf niemals einer Strahlenbelastung ausgesetzt wird, die Gefahr für die Gesundheit bedeutet. Denn selbst die zehnfache Steigerung der natürlichen Strahlenbelastung führe zu keiner Schädigung. Auch nicht im meteorologisch ungünstigsten Fall. Soweit die Gutachter der Kieler Regierung und der Kraftwerks Union (KWU), die Brokdorf bauen soll.

Die Kläger sind da ganz anderer Ansicht. Sie zitieren aus den Betriebsplänen für Brokdorf: Die Abgabe minimaler Schadstoffe in die Elbe solle nur bei Ebbe erfolgen, um eine Mischung mit den Abwässern von Brunsbüttel zu verhindern. Was aber, wenn sich in diesem Flußabschnitt unvorhergesehen die Strömungsverhältnisse ändern? Ferner geben sie zu bedenken, daß eines Tages auch die schwach radioaktiven Abfallstoffe aus den geplanten Elbe-Kraftwerken der „DDR“ hinkommen werden.

Auch um das radioaktive Jod 131, das in geringen Mengen über einen Kernkraftwerks-Schlot in die Atmosphäre abgeführt wird, flammte ein Gutachter-Schirmützel auf. Dem Sachverständigen der Gesellschaft für Reaktorsicherheit wurde eine Schrift vorgehalten, die er 1971 verfaßt hatte. „Da haben Sie geschrieben, eine Konzentrierung von mehreren Kernkraftwerken dürfe nicht zugelassen werden, weil über den Weide-Kuh-Pfad durch die Milch die Schilddrüse bei Kleinkindern mit Jod 131 überbelastet werden könne.“

Der Verfasser dieses Satzes wehrte sich: „Ja, das stimmte auch, nach dem Stand der damaligen Technik. Die Aussage ist heute nicht mehr gültig, man ist inzwischen viel weiter.“

Wie weit man jetzt ist, und wie sicher ein Atommeiler gegen äußere Einwirkungen konstruiert werden kann, wollen die Richter heute in Erfahrung bringen. Sie fragen unter römisch drei, arabisch eins: „Warum ist das Reaktor-gebäude gegen den Absturz einer Militärfähre, nicht aber gegen den eines wesentlich schwereren Verkehrsflugzeuges ausgelegt?“

Daß sich Gericht und Gutachter ungestört der Frage des Gebäudeschutzes widmen können, dafür sorgen mehrere Hundertschaften Polizei. Sie haben das Gebäude des Verwaltungsgerichts Schleswig dichtgemacht, nachdem kommunistische Gruppen für heute massive Störungen verabredet haben.

CDU-Kreisvorsitzender kritisiert SPD

Keine Denkpause im Fall Kernkraftwerk Brokdorf

Auf dem letzten CDU-Kreisparteitag in Glückstadt wandte sich der CDU-Kreisvorsitzende, Kreisrat Georg Rösler (MdL), auch gegen die wiederholten Versuche der SPD und hier insbesondere des Kreisvorsitzenden der SPD, Herrn Roggenbock, im Zusammenhang mit dem Beschluß des Obergerichtes Lüneburg zu Fragen des Baustopps am Kernkraftwerk Brokdorf, die Landesregierung und insbesondere Ministerpräsident Dr. Stoltenberg zu diffamieren.

Er bedauerte, daß der Wortlaut mit seinen tatsächlichen Auslegungen sowohl immer wieder falsch zitiert werde und damit dem Bürger ein falscher Eindruck vermittelt werde als auch die daran geknüpften unerträglichen Schlußfolgerungen. Er erläuterte, daß die erste Teilbaugenehmigung für das Kernkraftwerk in Brokdorf in seinen ersten vier Punkten sich mit Fragen der Aufspülung, der Einrichtung der Baustelle, der Einrichtung der Wasserhaltung und des Aushubs des Bodens beschäftige. Diese vier Punkte seien vom Baustopp nicht mehr erfaßt, nachdem das OVG Lüneburg insofern den Beschluß des VG aufgehoben hat.

Das OVG Lüneburg hat also keineswegs die von der SPD im Kreis Steinburg so oft zitierte Denkpause bestätigt, sondern den Antragstellern und der Landesregierung zu verstehen gegeben, daß bei Beachtung gewisser formeller Voraussetzungen der Bau fortgesetzt werden kann. Das OVG Lüneburg ist in

seinen ersten Darstellungen – die endgültigen Gründe liegen noch nicht vor – sogar soweit gegangen, daß es darauf hingewiesen hat, daß in der Nachbarschaft der Kernkraftwerke in Stade oder Brunsbüttel für die Bevölkerung auch beim Bau eines Kernkraftwerks in Brokdorf radioaktive Belastungen nicht vorliegen würden. Kreisrat Rösler wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß er es begrüßen würde, wenn diese Tatsachen der Bevölkerung bewußt gemacht werden würden, und verurteilte den Versuch, der Landesregierung zu unterstellen, sie habe rechtswidrig und unmittelbar zum Nachteil der Bevölkerung entschieden.

Außerdem kritisierte Kreisrat Rösler, der wie erwartet zum Spitzenkandidaten gewählt wurde, das Verhalten der Bundesregierung zu den unerträglichen Zuständen des Terrorismus. Auch mit der Steuerpolitik zeigte sich Rösler unzufrieden.

Heute: Beschuß über KKW Brokdorf

Eigener Bericht - dpa

Brokdorf, 17. Oktober

Bei neuen Demonstrationen gegen das geplante Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe sind in der Nähe des Baugeländes zwei Polizisten leicht verletzt worden. Ein Demonstranten-Fahrzeug hatte eine Straßensperre durchbrochen und die beiden Beamten angefahren.

An der Protestaktion, die unter dem Einfluß des „Kommunistischen Bundes Westdeutschlands“ (KBW) stand, nahmen etwa 350 Kernkraftwerksgegner teil. Die Demonstration der Bürgerinitiative „Kein Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht und anderswo“ am Brokdorfer Bauplatz war vom Gericht verboten worden. Die Polizei stoppte einige Demonstranten, um sich deren Personalien zu notieren.

Heute fällt die mit Spannung erwartete Entscheidung des Lüneburger Obergerichts im Fall Brokdorf. Nach einer zweitägigen Verhandlung in Schleswig vor knapp einer Woche werden die Richter jetzt bekanntgeben, ob in Brokdorf mit den Bauarbeiten begonnen werden darf oder ob es beim Baustopp bleibt.

Friedlicher Bauern- Protest in Brokdorf

Gegen Errichtung eines Kernkraftwerks

Das Obergericht Lüneburg will heute und morgen in Schleswig darüber entscheiden, ob der Baustopp bestehenbleibt oder aufgehoben wird. Der einstweilige Baustopp war am 17. Dezember vergangenes Jahres vom Verwaltungsgericht Schleswig in erster Instanz verfügt worden. Dagegen hatte die Kieler Landesregierung Beschwerde erhoben.

Unmittelbar vor der Entscheidung des Obergerichts Lüneburg über den Baustopp auf dem Gelände für das Kernkraftwerk Brokdorf haben gestern Bauern aus dem Landkreis Steinburg mit rund 50 Traktoren vor dem Gelände gegen den Bau des Kernkraftwerks demonstriert. Nach Angaben der Polizei verlief die Aktion friedlich.

11. 10. 77

ON · HINTERGRUND

Weiter Stopp in Brokdorf

Der Baustopp für das Kernkraftwerk Brokdorf bleibt vorerst bestehen. Das entschied das Obergericht in Lüneburg.

Gegen den Beschluß des Verwaltungsgerichts Schleswig, den sofortigen Vollzug der ersten Teilerrichtungs-Genehmigung aufzuheben, hatte der Bauherr (Nordwestdeutsche Kraftwerke — NWK) Beschwerde eingelegt. Sie wurde verworfen. In Brokdorf ruhen die Arbeiten vorerst.

Die Lüneburger Richter setzten zwei Bedingungen für den Weiterbau:

1. müsse ein „prüffähiger Antrag für ein Zwischenlager zur Lagerung abgebrannter Brennelemente gestellt“ sein, und
2. müßten „geologische Untersuchungen zum Nachweis der Eignung eines bestimmten Standortes für die Endlagerung radioaktiver Abfälle eingeleitet“ sein.

Die beiden anderen Hauptthemen der zweitägigen Verhandlungen — Berstschutz und mögliche Überlagerungen der radioaktiven Emissionen aus den drei benachbarten Kernkraftwerken Stade, Brokdorf und Brunsbüttel — spielten in dem Beschluß keine wesentliche Rolle mehr. Zur Überlagerung meinte das Gericht, sie sei kein Hindernis, „wenn der höchstmögliche Schutz der in der Umgebung lebenden Menschen zur Verminderung radioaktiver Immissionen erreichbar erscheint“.

Mit ihrem Spruch haben die Lüneburger Richter zwar die aus dem Atomgesetz (§ 9a) herzuleitende Vorsorge für die Endlagerung unterstrichen, zugleich das Problem aber wieder an die Politiker zurückgegeben:

• Ein „prüffähiger Antrag“ für ein Zwischenlager kann nach Meinung der NWK in wenigen Monaten vorliegen, wenn sich Bund und Länder über einen Standort geeinigt haben; die technische Auslegung bietet keine ernsthaften Hindernisse.

• Die NWK interpretiert den Beschluß überdies so, daß die „Endlagerung“ gemäß § 9a Stromgesetz keine Genehmigungs-Bedingung mehr ist; eine Zwischenlagerung sei vorläufig ausreichend, wenn der Gesetzgeber damit auch nicht aus seiner Verantwortung für die Endlagerung entlassen sei.

• Die „Einleitung des Prüfverfahrens“ (etwa für Gorleben) hängt vom Willen der betreffenden Landesregierung ab, Probebohrungen zuzulassen. H. B.

Bundespostministerium äußert sich zum Thema

Fragenkatalog zum Auftakt des Brokdorf-Prozesses

BERND LAMPE, Schleswig

In der gerichtlichen Auseinandersetzung um die Errichtung des Kernkraftwerkes Brokdorf/Unterelbe wird die Frage des Berstschutzes für Atomkraftwerke zum zentralen Angelpunkt. An diesem Problem war im Frühsommer durch eine verwaltungsgerichtliche Entscheidung vorerst der Bau des Atomkraftwerkes Wyhl/Rhein gescheitert.

Das gemeinsame Oberverwaltungsgericht der Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein will in letzter Instanz nach zweitägiger mündlicher Verhandlung heute in Schleswig darüber entscheiden, ob der Baustopp für das Kernkraftwerk Brokdorf weiter

gelten soll. Im Februar hatte das Verwaltungsgericht Schleswig auf die Klage von drei Gemeinden und neun Bürgern hin den Baustopp verfügt, weil nach seiner Ansicht die Entsorgung des anfallenden Atommülls nicht gewährleistet sei. Das Problem der Entsorgung soll nun nur noch ein Thema unter den Gefahrenspekten sein, die von Kernkraftwerken ausgehen.

Das Gericht begann gestern die Verhandlung in dem von starken Polizeikräften abgeriegelten Gebäude des Schleswiger Verwaltungsgerichtes, da massive Demonstrationen angekündigt worden waren. Zu Beginn der Verhandlung, auf der etwa 60 Sachverständige gehört werden sollen, legte das Gericht einen siebenseitigen Fragenkatalog vor.

Die Richter wollen unter anderem wissen, ob „ein Berstschutz absolute oder zumindest erhebliche höhere Sicherheit vor den Folgen eines Berstunfalls“ bieten kann. Es warf gleichzeitig die Frage auf, ob künftig statt der Verwaltungen die Parlamente über die Errichtung von Kernkraftwerken entscheiden sollen. Beobachter schließen aus der breiten Palette des Fragenkatalogs, daß die Richter ein entscheidendes, richtungsweisendes Urteil fällen wollen.

Sachverständige der Kernkraftwerksunion KWU wiesen bei der Erörterung der Frage, ob die Abgase von mehreren nebeneinanderliegenden Kernkraftwerken gesundheitliche Schäden verursachen könnten, darauf hin, daß die Überlagerungen der schon bestehenden

Kernkraftwerke in Stade und Hunsbüttel/Unterelbe ungefährlich seien. Selbst, wenn alle drei Kraftwerke in diesem Raum „voll gefahren würden“, läge die Strahlendosis weit unter den Grenzwerten, die in der Strahlenschutzverordnung festgelegt seien. Der Physiker Handke, der 1971 davor gewarnt hatte, mehrere Kernkraftwerke innerhalb eines Umkreises von 10 Kilometern zu errichten, meinte jetzt vor Gericht, daß es die technischen Voraussetzungen nun erlaubten, mehrere Kraftwerke in diesem kleinen Raum zu bauen. Ein von Kraftwerksgegnern bestellter Gutachter meinte hingegen, daß die von den Sachverständigen genannten Emissionsdaten von Kernkraftwerken viel zu niedrig angesetzt seien.

12.10.77

10. 1. 1978 Besuch

Dialog mit dem Bürger muß neu beginnen

Kellinghusen. Zur Erörterung aktueller Fragen traf sich der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Jochen Roggenbock mit dem Vorstand der Wrister SPD und den Kreistagsabgeordneten Horst Adolff und Bernd Felgendreher. Besonderes Interesse bei den Anwesenden fand das Urteil des Obergerverwaltungsgerichtes Lüneburg bezüglich des Brokdorfer Atomkraftwerkes.

Hierzu erklärte Landtagsabgeordneter Roggenbock: „Dieses höchst-richterliche Urteil hat die seit langem von der SPD geforderte Denkpause bestätigt. Wir Sozialdemokraten haben das Vorgehen der Landesregierung und der Kreis-CDU in Brokdorf immer als falsches staatliches Handeln bezeichnet, so daß wir uns durch die jetzt ergangene gerichtliche Entscheidung in unseren politischen Forderungen bestätigt sehen.“

Weiter wies Roggenbock darauf hin, daß unserem Kreis und insbesondere der Wilstermarsch die schweren Belastungen und Untraglichkeiten der letzten Monate erspart geblieben wären, hätte sich die CDU den Forderungen der SPD angeschlossen. „Der Frieden in der Wilstermarsch, für den der Landrat nach der Fehlentscheidung der Landesregierung Unterschriften sammelte, wurde nicht nur durch einige Chaoten, sondern insbesondere durch den durch die Landesregierung angeordneten sofortigen Baubeginn gestört. Erst die Richter in

Lüneburg mußten diesen Mißstand beseitigen.“

Auch habe es sich Herr Stoltenberg zuzuschreiben, wenn durch die stillgelegte Baustelle in Brokdorf Schäden in vielen Millionen-Mark Höhe entstanden seien und weiter entstehen. Diese Summen hätten die Bürger über einen höheren Strompreis aufzubringen. Die Entscheidung des Obergerverwaltungsgerichtes mache deutlich, so Roggenbock, daß die CDU voreilig und selbstherrlich die Bedenken der Kernkraftwerksgegner als „Spinnereien“ abgetan habe und diese pauschal als Extremisten beschuldigt habe.

„Jetzt gilt es“, sagte Landtagsabgeordneter Roggenbock abschließend, „für alle Bürger, Politiker und auch für Herrn Stoltenberg und seine Freunde, die gerichtlich festgelegte Denkpause zu nutzen, um zu einer angemessenen und die Interessen aller Bürger berücksichtigenden Energiepolitik zurückzukehren. Der Dialog mit allen Bürgern im Lande muß neu beginnen.“

N-R-12.10.77

Der Kommentar

Von Erich Maletzke

Standpunkte

Wer sich beim gestern begonnenen Brokdorf-Prozeß Sensationen erhofft hatte, wurde schnell enttäuscht. Verwaltungsgerichtsverfahren verlaufen im Gegensatz zu Kriminal-Verhandlungen auch bei brisanten Themen in familiärer Atmosphäre, und so ließen sich denn auch die wenigen eingelassenen und erkennbaren Kernkraftwerkgegner von der friedlichen Stimmung anstecken. Langeweile trieb etliche schnell an die frische Luft.

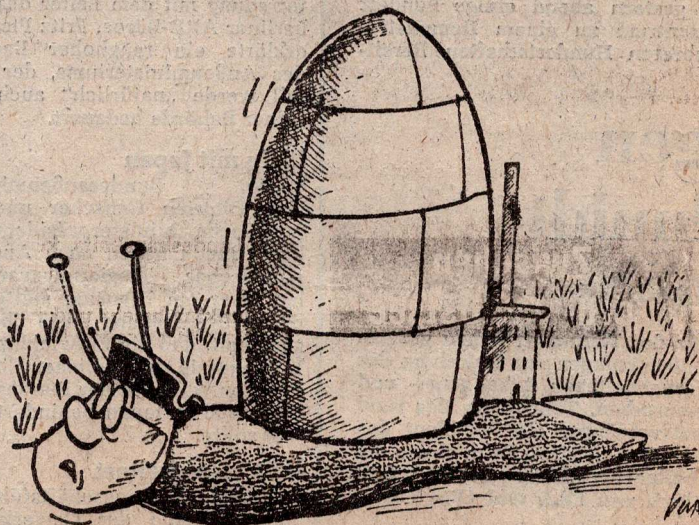
Die fünf Lüneburger Richter ließen ohnehin keinen Zweifel daran, daß für sie die Schleswiger Sitzung kein spektakulärer Gerichtstag, sondern eine Informations-Veranstaltung ist. Bevor sie ihre wahrscheinlich schon weitgehend gefaßte Meinung verkünden, wollen sie noch einmal die Argumente der streitenden Parteien anhören. Beide Seiten machten es den fünf hoffentlich weisen Senatsmitgliedern allerdings schon am ersten Tag sehr schwer.

Geistig undiszipliniert zeigten sich dabei vor allem wieder die Experten. Ihr Versuch, dem Senat Gefahren oder Harmlosigkeit der im Unterelberaum entstehenden Kernkraft-Landschaft zu erläutern, scheiterte an Darstellungsvermögen und Überzeugungskraft. Jede Seite beharrte, wie bei ähnlichen Anhörverfahren, auf ihren Standpunkten, und kein Gericht der Welt könnte ermitteln, wo Recht und Wahrheit liegen.

Die Forderung des Rechtsvertreters der Bauherren, in Brokdorf müsse schon wegen der „enormen psychologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen“ des Baustopps wieder gearbeitet werden, ist nur ein Beispiel, wie karg die Argumente schon geworden sind, die das Pro und Kontra untermauern sollen.

Nein, die Richter sind um ihre Aufgabe wahrlich nicht zu beneiden. Jeder Tag, den sie zögern, kostet die in Brokdorf engagierten Energieunternehmen ein mittleres Vermögen. Aber kann man andererseits angesichts so vieler gefährlicher Unklarheiten guten Gewissens zur Eile treiben? Auch wenn Krebs in der Schilddrüse nicht unbedingt tödlich sei, wie einer der Wissenschaftler gestern in Schleswig tröstend und unter Protest von den Rängen verkündete.

Wie immer der Spruch der Lüneburger Richter ausfällt, es wird auf beiden Seiten Verlierer geben. Es sei denn, Justitia schiebt im Endeffekt die Entscheidung doch den Parlamenten zu. Und etliches spricht dafür, daß die schwere Verantwortung wirklich nur von Politikern getragen werden kann.



Schneller Brüter

Copyright: Handelsblatt